

Politikprofessor Weidenfeld ist optimistisch:

„Die Europäische Union zerbricht nicht an der Krise“

MÜNCHEN — Der Ton wird rauer in Europa. Italiens Ministerpräsident warnt vor einem Zusammenbruch Europas und Bayerns Finanzminister Markus Söder will durch den Rauschmiss Griechenlands aus der Euro-Zone ein Exempel statuieren. Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld indes sieht die Lage eher gelassen. Für ihn durchlebt Europa erneut eine Krise, aus der es gestärkt hervor gehen wird. Die NZ hat sich mit dem Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München unterhalten.

NZ: Herr Prof. Weidenfeld, diesmal herrscht in Europa angeblich die ganz große Krise. Der Euro spaltet Europa, es droht der Rückfall ins 19. Jahrhundert. Ist das so dramatisch?

Werner Weidenfeld: Derzeit wird eine gewisse Katastrophendramatik inszeniert, in Wirklichkeit handelt es sich um eine große politische Herausforderung, die Europa schon etliche Male gemeistert hat.

NZ: Doch wo ist der Knackpunkt, was müsste passieren, um Europa wieder auf einen guten Weg zu bekommen?

Weidenfeld: Es ist abwegig, eine Währung ohne politischen Gestaltungsrahmen zu denken. Den haben die Währungen der USA, Chinas, Japans

und anderer – nur der Euro kommt ohne diesen Rahmen aus. Das trägt in Schönwetterzeiten, die jetzt vorbei sind. Jetzt muss nachgetragen werden, was wir in Maastricht vor 20 Jahren schon wussten.

NZ: Man wirft der politischen Klasse vor, dass sie sich von der Finanzwelt überrollen lässt und nicht die Kraft hat, diesen politischen Rahmen zu setzen.

Weidenfeld: Aber das ist ja das große Thema und da wird die politische Klasse nicht drum herum kommen. Es hat einen politischen Lernprozess gegeben. Der Fiskalpakt ist nicht das Ende der Geschichte. Der nächste große Schritt ist die Komplettierung zu einer politischen Union mit Europäisierung der Haushaltspolitik, gemeinsame Haushalts- und Steuerpolitik. Jetzt werden erstmals die Sozialsysteme angesprochen, die bisher der einzige Bereich sind, bei dem Europa keine Kompetenz hat. Es hat ein gigantischer Machttransfer stattgefunden, aber man hat die Sozialsysteme immer herausgelassen.

NZ: Vor dem „gigantischen Machttransfer“ haben die Menschen doch am meisten Angst: Eine übermächtige anonyme demokratisch nicht legitimierte Euro-Bürokratie.

Weidenfeld: Damit sind die Großthemen der nächsten Jahre beschrie-

ben wie die Legitimation. Natürlich fragen die Menschen: Sind die denn dazu überhaupt legitimiert? Wer entscheidet über die 700 Milliarden Euro des ESM? Das zweite Großthema ist die Transparenzfrage. Diese Vorgänge, die ein unglaubliches Machtkonglomerat ordnen sollen, sind intransparent. Das dritte Thema, das uns in den kommenden Jahren begleiten wird, ist die Führungsfrage, die in diesem Machtkoloss ungeklärt ist. Wir haben in Europa als Führungsämter den Präsidenten des Europäischen Rates, den Präsidenten des Ministerrates, den Präsidenten der Kommission, den



W. Weidenfeld

Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik, den Vorsitzenden des Euro-Rates. Wer hat das Sagen? Das weiß niemand!

NZ: So etwas geht in der Regel nicht lange gut.

Weidenfeld: Wir sind im Moment auf europäischer Ebene in einem Machtkampf. Häufige Gipfel bedeuten, dass die nationalen Regierungen versuchen, das Heft in der Hand zu behalten. Dagegen lehnt sich jetzt

das Europäische Parlament auf. Die Kommission versucht, ihr eigenes Spiel zu spielen.

NZ: Würde ein Austritt oder Rauschmiss Griechenlands aus dem Euro Europa zerstören, wie es unter anderem die Griechen behaupten?

Weidenfeld: Griechenland hat weniger Einwohner als der Freistaat Bayern und die Wirtschaftskapazität des Landes Hessen. Der Austritt wäre nicht wirklich dramatisch, wenn Europa nicht so eng und dicht verflochten wäre. Warum befürchtet die Deutsche Bank, dass sie ins Schlittern kommt, wenn Griechenland zusammenbricht? Als Griechenland in Probleme geriet, wäre es fatal für die Union gewesen, wenn man das Land aus der Euro-Zone genommen hätte. Das hätte alle anderen in eine Art Panik versetzt. Diese Panik hat man vermieden, indem man sich über Jahre um Griechenland bemüht hat.

NZ: Wäre es nicht ein politisch und psychologisch sehr negatives Signal, wenn zum ersten Mal in Europa ein Schritt zur Desintegration unternommen würde?

Weidenfeld: Das ist natürlich eine Herausforderung. Die europäischen Führungsfiguren kommen unter größeren Erklärungsdruck. Bisher konnten sie meistens unterstellen, es ginge alles selbstverständlich immer so wei-

ter. Die alten großen Begründungen der unmittelbaren Nachkriegszeit tragen auch nicht mehr. Man braucht einen neuen Begründungskontext. Dann kann man auch bei Umfragen sehen, dass dies nicht chancenlos ist.

NZ: Was meinen Sie damit?

Weidenfeld: Das demoskopische Datenmaterial zeigt Negativwerte, wenn Details des Krisenmanagements abgefragt werden. Dort, wo sie ganz grundsätzlich anfragen, sehen sie wachsende Positivwerte. Beispiel: Kann Deutschland seine starke Stellung ohne die Europäische Union halten? 65 Prozent der Deutschen sagen nein. Kann es eine vernünftige Zukunft ohne den Integrationsvorgang geben? 75 Prozent sagen nein. Bemerkenswert ist auch der einmalige Höhenflug von Kanzlerin Merkel. Sie hat die besten Daten ihrer politischen Laufbahn.

NZ: Sie haben also weder Angst, dass der Euro scheitert, noch dass die Union daran zerbricht?

Weidenfeld: Das stimmt. Es kommt jetzt darauf an, eine klare strategische Perspektive auf der Grundlage des Lernprozesses von Maastricht bis heute zu entwickeln. Jetzt kommt es darauf an, die Machtstrukturen und die strategische Perspektive nach dem Fiskalpakt zu entwickeln.

Fragen: Ralf Müller

Nürnberger Zeitung 9.8.12